

Die Wirtschaft

der Großregion: Konkurrenz oder Komplementarität?

Eine Veranstaltung der Green European Foundation mit Unterstützung der Gréng Stéftung Lëtzebuerg, gefördert mit Geldern des EU Parlaments
Luxemburg, den 21. März 2012

Ein Gespräch mit Carlo Thelen (Handelskammer) und Marco Wagener (Arbeitnehmerkammer)

Gréng Stéftung: Wird die wirtschaftliche Entwicklung der Großregion koordiniert, oder ist sie eher ein Zufallsprodukt?

Marco Wagener: Es wird sicherlich auf Betriebsebene viel zusammen gearbeitet, beispielsweise im Bausektor. Aber ich weiß nicht wie institutionalisiert diese Arbeit ist. Ich habe nicht den Eindruck, dass diese Aktivitäten politisch gesteuert sind.

Carlo Thelen: Man kann die Großregion als eine wirtschaftliche Einheit betrachten. Dieser Raum ist in unseren Augen sogar so wichtig, dass wir als Handelskammer das Jahr 2012 unter das Motto der Großregion gestellt haben. Aus unserer Sicht ergibt sich dieses Handlungsfeld auf ganz natürliche Weise, weil der Austausch zwischen Betrieben, Arbeitskräften, Verbrauchern und Investoren ständig grenzüberschreitend stattfindet.

GS: Stellen Sie dabei eine Konkurrenzsituation fest?

Thelen: Ich glaube, die Großregion ist beides, komplementär und gleichzeitig in ständiger Konkurrenz. Letztere wird in den Medien hochgespielt. Meistens aber auch nur dann wenn sich ein Luxemburger Betrieb jenseits der Landesgrenzen niederlässt. Dabei ist es doch gar nicht in unserem Interesse, auf der anderen Seite der Grenze alles abzugrasen und ein Wüstengebiet zu hinterlassen. Für Luxemburg ist die Großregion wichtig. Bei Handelsreisen nach China beispielsweise, betonen wir immer, dass in der Großregion 11 Millionen Menschen wohnen. Sonst lachen die uns aus, wenn wir von unseren 500 000 Einwohnern sprechen. Die Großregion erlaubt uns eine kritische Masse bei der Nachfrage und den Märkten zu erreichen. Auf der anderen Seite spielen wir als einzige souveräne Entität in der Großregion natürlich eine besondere Rolle: Wir können im Vergleich zu den anderen Regionen schnell Entscheidungen treffen. Dort muss vorher in Paris, Berlin oder Brüssel nachgefragt werden.

GS: Sind unsere Betriebe denn in der Großregion überhaupt konkurrenzfähig?

Thelen: Ja, natürlich können unsere Betriebe mitmischen. Immerhin gehen 58 Prozent unserer Exporte in unsere Nachbarländer. Unsere Konkurrenzfähigkeit rührt vielleicht daher, dass wir uns auf bestimmte Bereiche konzentrieren in denen unsere Betriebe stark sind. Wir nutzen Nischen in denen es vor allem auf Innovationsfähigkeit ankommt und wo die Lohnkosten weniger entscheidend sind. Im Handwerk, wo diese stark ins Gewicht fallen, ist

die Konkurrenz für uns deutlich spürbar. Aber solche Konkurrenzsituationen sind auch Teil einer gut funktionierenden Wirtschaft.

GS: Aber fließt durch die vielen Grenzgänger nicht auch viel Kaufkraft in die Großregion, so dass sich Luxemburger Betriebe auch jenseits der Grenzen gute Geschäfte erwarten können. Reicht ihnen der heimische Markt aus, oder ist die Staatsgrenzen doch eine Hürde für unserer Betriebe und Marken in den Großregion?

Wagener: Ich bin mir nicht sicher, ob die Grenzgänger so viel Kaufkraft mit nach Hause bringen. Es gibt eine Studie über ihr Konsumverhalten, die gezeigt hat, dass sie nicht nur Alkohol, Benzin und Tabak in Luxemburg kaufen, sondern auch andere Produkte.

GS: Was halten Sie von der neuen „Mega-Zone“ in Illange, wo bis zu 3000 chinesische Betriebe sich in den nächsten Jahren niederlassen sollen. Macht Ihnen diese Konkurrenz Sorgen?

Thelen: Ich bedauere, dass wir nicht schneller als die Franzosen waren und beispielsweise das ehemalige WSA-Gelände für eine solche Aktivität zur Verfügung gestellt haben. Das hätte uns erlaubt, ein Stück vom Kuchen zu bekommen. Wenn auch sicherlich nicht den ganzen Kuchen. So ein Mammutprojekt könnten wir hier gar nicht umsetzen. Für Lothringen ist es natürlich wichtig, dass neue Wirtschaftsaktivitäten entstehen. Und Luxemburg wird von dem Projekt sicherlich indirekt profitieren. Verschiedene Aktivitäten sollen ja über unser Logistikzentrum abgewickelt werden. Schließlich haben wir bereits gute Beziehungen zu China.

GS: Entstehen durch solche Projekte wie in Illange denn nachhaltige Arbeitsplätze für die Großregion?

Wagener: Problematisch ist vor allem, dass kaum Arbeitsplätze für Geringqualifizierte entstehen. Dabei ist das Problem der Arbeitslosigkeit für diese Menschen am Größten. Beispielsweise in der Stahlindustrie werden entsprechende Stellen gerade massiv abgebaut.

Thelen: Dabei braucht jedes Land einen Industriesektor. Aber meistens sind auch in diesem Sektor in Europa nur noch die hoch spezialisierten Produktionszweige konkurrenzfähig. Für weniger qualifizierte Arbeiter sind die Löhne in Luxemburg einfach zu hoch, deshalb kann ein Betrieb es sich nicht leisten weniger spezialisierte Produktionszweige hier zu halten. Luxemburg ist eben kein Niedriglohnland. Das Argument beschränkt sich natürlich auf Betriebe, die hauptsächlich exportieren und denen die Preise für ihre Produkte vom Weltmarkt diktiert werden.

Wagener: Ihr Argument stimmt nicht ganz. Unsere Analyse ist, dass die Gewinnmargen in Luxemburg weiterhin extrem groß sind. Die Lohnkosten dagegen sind sehr niedrig im Vergleich zum Ausland. Arbeitskräfte sind eigentlich kein großer Kostenfaktor.

GS: Wo werden denn in der Großregion die weniger qualifizierten Arbeitskräfte gebraucht?

Thelen: Ich behaupte nicht, dass diese Leute nicht gebraucht werden, sondern, dass ihr Lohn zu hoch ist. Wir schlagen deshalb vor, dass wir den Mindestlohn subventionieren. In dem Fall müsste ein Betrieb nur 1200 Euro zahlen und der Rest käme vom Staat. Das ist immer noch billiger als Arbeitslosengeld zu zahlen. Schließlich gibt es auch noch den Index, der die Inflation ständig weiter ankurbelt, die dann wiederum wieder eine Anpassung der Löhne notwendig macht.

Wagener: Ich bin damit natürlich nicht einverstanden. Es ist nicht so, dass der Index die Inflation antreibt, sondern umgekehrt: die Löhne werden meist mit großer Verspätung an gestiegene Preise angepasst. Es gibt auch Studien die zeigen, dass die Preise teils wesentlich stärker steigen, als durch eine Indextranche nötig. Und das, weil Betriebe die Gelegenheit eben nutzen und ihre Preise erhöhen.

GS: Ist es angesichts der steigenden Energiepreise sinnvoll, dass Luxemburg sich in der Großregion mit einem Logistikzentrum positionieren will?

Wagener: Hier handelt es sich auch nicht um ein Problem der Großregion, schließlich werden die Ölpreise weltweit ansteigen. Die Frage ist aber, ob wir diese Aktivität dann hier so lange halten wollen.

Thelen: Momentan sind die hohen Ölpreise hauptsächlich durch Spekulation bedingt. Ich gehe davon aus, dass sie mittelfristig wieder sinken. Aber es ist klar, dass langfristig wieder mehr in Europa produziert werden muss. Das Luftverkehrsvolumen kann nicht ständig weiter wachsen, auch wenn die Effizienz der Flugzeuge laufend verbessert wird. Andererseits wird die Logistik immer gebraucht, weil wichtige Güter schnell transportiert werden müssen. Da spielt der Preis dann keine große Rolle mehr.

GS: Aber dieses Segment wird doch dann nicht mehr wachsen? Brauchen wir also wirklich ein zusätzliches Logistikzentrum auf dem ehemaligen WSA-Gelände in Bettemburg?

Thelen: In Bettemburg wollten wir eigentlich ein neues Standbein aufbauen. Beispielsweise kommen derzeit 50 Prozent der taiwanesischen Exporte nach Europa über Luxemburg. Aber wir laden die Waren dann auf Lastwagen und verpacken sie in Amsterdam. Diese Aktivität sollte man dann auch hier machen. Genauso wie die Wartungen und der Kundendienst. Auch in der Autoindustrie braucht man Logistik, um die verschiedenen Teile zusammenzubringen. Sogar wenn es dann Mal Elektroautos sind. Ich mache mir also keine Sorgen um das Logistikzentrum. Es ist halt ein sehr umkämpfter Sektor, die Kostenstrukturen sind sehr komplex und die Energiekosten haben hier einen großen Anteil.

GS: Der neue Wirtschaftsminister Etienne Schneider meinte kürzlich, er wolle bevorzugt Investoren und Betriebe aus der Großregion nach Luxemburg locken, anstatt aus der fernen weiten Welt. Wie schätzen Sie diesen Ansatz ein?

Thelen: Das passiert ja schon. Natürlich schicken wir keine offizielle Handelsdelegation inklusive Minister zu unseren Nachbarn Das würde dort sicherlich auch nicht sehr geschätzt. Aber wir organisieren Match-making-sessions und Road-Shows, wo wir hauptsächlich neue Partner für unsere Betriebe suchen. Dort begegnen wir immer auch Betrieben, die sich in Luxemburg niederlassen, oder hier eine Zweigstelle öffnen wollen. Aber das ist nicht weiter spektakulär, es geht auch meistens nicht um viele Arbeitsplätze.

Wagener: Ich halte den Ansatz für sinnvoll. Vor allem, weil diese Betriebe eine Sozialkultur haben, die unserer viel ähnlicher ist. Wir können erste Probleme beim Sozialdialog beobachten, eben weil der Management-Stil von verschiedenen Investoren aus anderen Kontinenten eben doch ein ganz anderer ist.

GS: Aber geht es hier wirklich um das Ursprungsland der Investoren und Verwaltungsratsmitglieder? Entstehen diese Probleme beim Sozialdialog nicht vor allem, weil wir es jetzt mit globalen Konzernen zu tun haben?

Thelen: Ja, es hat etwas damit zu tun, dass die Gewerkschaften vermehrt mit internationalen Konzernen verhandeln müssen. Deren Strategie hat aber wenig mit den Befindlichkeiten vor

Ort zu tun. Solche Betriebe evaluieren ihre verschiedenen Standorte und entscheiden dann welche Investitionen sich wo lohnen. Es darf nicht sein, dass wir zwischen Investoren aus China und dem Katar einerseits, sowie aus Deutschland und Frankreich andererseits unterscheiden. Eine solche Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt: Die Katarer haben meiner Meinung nach eine langfristige Investitionsstrategie als viele europäische Banken, die unseren Finanzplatz für den kurzfristigen maximalen Profit nutzen und dabei wenig Rücksicht auf die Zukunft ihrer Mitarbeiter nehmen.

Wagner: Es mag sein, dass die Verschlechterung des Sozialdialogs nichts mit dem Ursprungsland der Investoren zu tun haben. Es ist aber eine Tatsache, dass seit Arcelor zu einem internationalem Großkonzern gehört, wenig von dem alten Sozialmodell übrig ist. Die Gewerkschaften werden bei den Entscheidungen kaum noch eingebunden.

GS: Was zieht Betriebe aus der Großregion denn nach Luxemburg?

Thelen: Im Vergleich zum Ausland zeichnet Luxemburg sich durch eine große politische, soziale und fiskale Stabilität aus. Das ist sicher ein Standortvorteil.

GS: Die hohen Löhne und der Index sind also kein Problem?

Thelen: Das hängt davon ab. Da macht jeder Betrieb seine Kosten-Nutzen-Analyse. Wer billig produziert, kommt wohl eher nicht nach Luxemburg. Wir stellen fest, dass Luxemburg aber allgemein immer noch sehr attraktiv ist. Der Finanzplatz hat ja auch seinen Anreiz. Es herrscht sicher noch keine Untergangsstimmung.

Wagner: Luxemburg ist halt immer noch ein Land mit hoher Kaufkraft und hohen Gewinnmargen für die Betriebe.

GS: Gibt es in Krisenzeiten Solidarität in der Großregion?

Wagner: Die Regierung provoziert momentan eine regelrechte „Anti-Grenzgänger-Haltung“ unter den Luxemburgern. Die Pendler werden nach und nach von den Sozialleistungen ausgeschlossen, beispielsweise durch die Einführung von Dienstleistungsschecks (chèques services) und Studienbeihilfen, die an den Wohnsitz gebunden sind.

GS: Aber müssen Sozialleistungen in Krisenzeiten nicht selektiver werden?

Wagner: Nein, auf keinen Fall. Luxemburg greift auf 120 000 bis 150 000 Grenzgänger zurück, für deren Ausbildung und Gesundheit der Staat nicht zahlen muss. Ich lehne es kategorisch ab, dass wir ihnen dann auch noch minimale Sozialleistungen, die jedem Arbeitnehmer zustehen, verweigern. Ich gehe auch davon aus, dass die Europäische Kommission diese selektive Sozialpolitik nicht zulassen wird.

GS: Muss Luxemburg dann das Niveau der Sozialleistungen allgemein runterschrauben, damit die Grenzgänger nicht diskriminiert werden müssen und der Staatshaushalt trotzdem solide bleibt?

Wagner: Nein. Anstelle sollte man die Vermögenssteuer wieder einführen und auch über eine Erbschaftssteuer nachdenken. Der Einfachheit halber wird immer nur über Kürzungen der Sozialleistungen geredet. So wird langsam aber sicher das Ende des Sozialstaats eingeläutet.

Thelen: Naja, um eine einfache Lösung handelt es sich bei diesen Kürzungen ja nicht wirklich. Der Sozialstaat wird nicht abgeschafft, sondern es werden situationsgemäß einzelne Schrauben gedreht. Übrigens wären einseitige Steuererhöhungen auch eine zu einfache

Antwort. Soviel Spielraum gibt es hier gar nicht: 40 Prozent der Bevölkerung zahlen gar keine Steuern, während fast 5 Prozent der Bevölkerung 40 Prozent der Steuereinnahmen schultern. Ähnlich sieht es bei den Betrieben aus: weniger als die Hälfte kommen für alle Steuereinnahmen auf. Allein beim Vermögen könnten die Steuern noch angehoben werden. Aber niedrige Vermögenssteuern sind das „Business-Model“ unseres Finanzplatzes. Daran sollte man also nichts ändern.

Wagner: Aber wenn der Finanzplatz aus irgendeinem Grund nicht mehr boomt, haben wir ein Problem.

Thelen: Ja, natürlich. Das ganze System beruht auf einem sehr empfindlichen Gleichgewicht. Und ein ähnliches Problem stellt sich bei den Einnahmen aus dem E-Commerce und dem Tanktourismus.